



Spendenübergabe an die Oberschule Rathenow für eine Fahrt des „Kochkurses“ nach Hamburg zum Lebensmittelmuseum.



Die Bruno H. Bürgel Gesamtschule Rathenow wurde als 207. Schule in Deutschland als UNESCO-Projektschule anerkannt.

Broschüre „Bundeswehr raus aus den Schulen!“

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht verstärkt die Bundeswehr ihre Anstrengungen, Soldatinnen und Soldaten direkt an den Schulen zu werben. Die vorliegende Broschüre liefert rechtzeitig zum Beginn des neuen Schuljahres im Sommer 2011 Argumente gegen die Offensive der Bundeswehr an den Schulen. Sie zeigt allen, die Widerstand leisten wollen, Handlungsmöglichkeiten auf. Zielgruppe sind Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, die die Bundeswehr nicht an ihren

Schulen dulden wollen, desweiteren Kommunal- und LandespolitikerInnen, Gewerkschaften, Friedensbewegung und alle anderen Akteure, die sich gegen eine Vereinnahmung der politischen Bildung sowie weitere Kooperationsvereinbarungen der Länder mit der Bundeswehr einsetzen. Die Broschüre, DIN A5, ca. 40 Seiten, ist lieferbar ab Juli 2011.

Bestellungen bitte über:
versand.linksfraktion.net oder an
heinrich.eckhoff@linksfraktion.de

Mindestlohn: Neues Flugblatt zu finanziellen Auswirkungen erschienen

Ein Mindestlohn von 10 Euro würde die öffentlichen Kassen jährlich um fast 13 Milliarden Euro entlasten. Das hat eine aktuelle Studie jüngst bestätigt. DIE LINKE im Bundestag hat die Ergebnisse dieser Studie in einem aktuellen Flugblatt grafisch aufbereitet und übersichtlich zusammengestellt.

Das Flugblatt eignet sich hervorragend zum Verteilen und für weitere Aktionen zum Thema Lohndumping vor Ort.

Es kann unter:
<http://dokumente.linksfraktion.de/download/hz-a4-10-euro-mindestlohn.pdf>
heruntergeladen werden.

Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030 / 22 77 23 29
Fax: 030 / 22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow
Fon: 0 33 85 / 49 45 21
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros
finden Sie unter: www.diana-golze.de

Newsletter 6

Juni 2011, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserin, lieber Leser,

eine Delegation der Kinderkommission des Deutschen Bundestages reiste vom 14. bis 16. Juni 2011 nach Oslo - und ich war mit dabei. Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert einen gesellschaftlich-strukturellen Wandel vom integrativen hin zum inklusiven Ansatz. Dieser Ansatz setzt das Recht auf Teilhabe und Beteiligung der Kinder und Jugendlichen aus der UN-Kinderrechtskonvention fort. Die Delegation machte sich in Norwegen, einem Land, das im europäischen Vergleich in Bezug auf die Etablierung des inklusiven Ansatzes als mustergültig ist, ein Bild von der praktischen Umsetzung und der Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderung.

Auf dem Programm des Besuches standen politische Gespräche mit Mitgliedern des Arbeits- und Sozialausschusses sowie des Familien- und Kulturausschusses des norwegischen Parlaments, mit der norwegischen Gleichstellungsbeauftragten und dem Kinderombudsmann. Ebenso fanden Besuche beim Behindertendachverband, beim staatlichen Rat für die Gleichstellung von Behinderten, eines inklusiven Kindergartens sowie einer Schule, die besonderes Augenmerk auf Integration von Schülern mit Migrationshintergrund und Behinderungen legt, statt. Die Erfahrungen und Informationen der Delegationsreise werde ich in die konkrete Arbeit vor Ort einfließen lassen. Fest steht schon jetzt: Deutschland steht hier erst ganz am Anfang der Diskussion.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Diana Golze

Spruch des Monats

„Wenn Sie in der Politik etwas gesagt haben wollen, wenden Sie sich an einen Mann.“

Wenn Sie etwas getan haben wollen, wenden Sie sich an eine Frau.“

Margaret Thatcher

TERMINE

27.06. - 01.07., 14.00 Uhr
Sitzungswoche des
Bundes-tages, Berlin

28.06.
Podiumsdiskussion
Energiewende sozial gestalten:
Bezahlbarer Strom ohne Atom,
Energieforum (gegenüber Ost-
bahnhof), Stralauer Platz 34,
10243 Berlin

30.06., 19.30 Uhr
Podiumsdiskussion zur
Enquete-Kommission in
Brandenburg - Aufklärung,
Versöhnung, Verdammung,
Potsdam, Haus der LINKEN,
Alleestr. 3

01.07., 15.00 - 17.30 Uhr
Beratung zur Kulturarbeit der
LINKEN, Goldener Saal im
Deutschen Bundestag, Berlin

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Gemeindefinanzkommission – Ende eines kläglichen Laienspiels

Nach mehr als einem Jahr des kläglichen Laienspiels kann man es nur begrüßen, dass der Vorhang für die Gemeindefinanzkommission endlich gefallen ist. Und es ist gut für die Kommunalfinanzen, dass Schwarz-Gelb mit dem Versuch gescheitert ist, die Gewerbesteuer abzuschaffen.

In Wahrheit ging es bei der Kommission nie darum, die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern. Davon zeugt die absurde Idee, die Gewerbesteuer abzuschaffen, die wichtigste eigene Einnahmequelle der Kommunen. Bis heute ist die Frage einer tragfähigen Gegenfinanzierung ungelöst geblieben. Stattdessen jagte eine Posse die nächste. Zuletzt kam man auf die Idee, die Gewerbesteuer durch Streichung der Hinzurechnungen Stück für Stück auszuhöhlen, um sie am Ende verfassungsrechtlich delegitimieren zu können.

Mietrechtsänderungspläne der Bundesregierung sind untauglich

Der jetzt vorliegende Entwurf eines Mietrechtsänderungsgesetzes ist ein unnötiges und untaugliches Mittel zur Durchsetzung energiepolitischer Ziele. Notwendiger Klimaschutz und Energieeffizienz werden missbraucht, um Mieterrechte zu beschneiden und Vermietern ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen. Der Deutsche Mieterbund hat auf einer Pressekonferenz vor Beginn des 64. Deutschen Mietertages die Städtebau- und Wohnungspolitik der schwarz-gelben Koalition scharf kritisiert und vor deren wirtschaftlichen und rechtlichen Folgen für Mieterinnen und Mieter gewarnt. Ich erkläre mich solidarisch mit den Forderungen des Deutschen Mieterbundes an die

Auch wenn sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach dem krisenbedingten Einbruch wieder erholen, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Auch Ausgaben-senkungen wie die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund, die nur einem Teil der Kommunen zugutekommt, sind keine befriedigende Lösung. DIE LINKE bleibt dabei: Die Finanznot der Kommunen kann man nur lindern, indem man sie stärker am Gesamtsteueraufkommen beteiligt. Zudem benötigen die Kommunen dringend mehr eigene Einnahmen, sonst werden die wichtigen Zukunftsinvestitionen in Bildung und ökologische Infrastruktur kaum zu stemmen sein. DIE LINKE fordert deshalb, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu stabilisieren und in Form einer Gemeindefinanzsteuer verlässlicher zu gestalten.

Bundesregierung, Kosten und Lasten der notwendigen energetischen Sanierung gerecht zu verteilen.

Wie der Mieterbund fordert auch DIE LINKE, dass die Mieterinnen und Mieter nur in dem Maße Mieterhöhungen tragen sollen, wie sie andererseits durch die energetische Sanierung Heizkosten einsparen können. Die Gesamtkosten der energetischen Sanierung sollten zwischen Staat, Vermietern und Mietern gerecht aufgeteilt werden. Die Höhe der Wohnkosten für angemessenen Wohnraum darf höchstens 30 Prozent des Nettoeinkommens eines durchschnittlichen Mieterhaushaltes betragen. Anderenfalls muss das Wohngeld entsprechenden Ausgleich bieten.

Kinderlärm ist Zukunftsmusik – der von Jugendlichen auch!

Es ist schon oft gesagt worden: Über Jahre hinweg galt es in Teilen der Öffentlichkeit als völlig normal, dass Geräusche spielender Kinder als Lärm im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes behandelt wurden. In Hamburg und anderen Städten bedeutete dies, dass Kindertagesstätten aufgrund von Anwohnerklagen geschlossen werden konnten. In Wohngebieten ist es keine Seltenheit, dass das Spielen auf den Grünflächen vor Häusern für Kinder verboten ist. Unsere Städte bieten Kindern immer weniger Platz und Möglichkeiten zum freien Spielen. Deshalb unterstützte DIE LINKE den Entwurf eines Gesetzes zur Veränderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Künftig wird also klargestellt sein, dass Geräusche von Kindern nicht mit Maschinenlärm gleichzusetzen sind. Kinderlärm kein Klagegrund mehr! Am 17.6. passierte das Gesetz den Bundesrat erfolgreich. Damit ist Kinderlärm künftig kein Klagegrund mehr gegen Kindertagesstätten und Spielplätze in Wohngebieten. Das ist zu begrüßen.

Das kann aber eben nur ein erster Schritt sein. Für mich als kinder- und jugendpolitische Sprecherin steht fest: Auch das Fußballspiel

oder das Inlineskaten von Jugendlichen sollte und dürfte nicht mit Maschinen- oder Fluglärm gleichgestellt werden. Dass die Privilegierung durch den vorliegenden Gesetzestext nur für Kinder bis 14 Jahre gelten soll, verstößt ein weiteres Mal gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die ausdrücklich bei Menschen bis zu 18 Jahren von Kindern spricht. Dieses offenkundige Ausklammern der Bedürfnisse von jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren passt aber zum Handlungsmuster der verschiedenen Ministerien, leider auch dem des Bundesfamilienministeriums. Das Hauptaugenmerk liegt seit Jahren auf den kleinen Kindern, egal ob beim Kinderschutzgesetz, bei familienfördernden Leistungen wie dem Elterngeld, das auch an kleine Kinder geknüpft ist, oder beim dringend notwendigen Ausbau der Kindertagesbetreuung.

Aber Jugendpolitik? Ich frage Sie: Was passiert denn hier noch? Jugendpolitik ist für Union und FDP nur noch ein Bereich für minimale Projektförderung, aber noch eher genau die Stelle, wo der Rotstift am stärksten angesetzt wird, und das darf nicht sein.

Greenpeace: Gesetzentwurf zum Atomausstieg ist Mogelpackung

Die Umweltorganisation Greenpeace hat kürzlich in einem offenen Brief an die Grünen appelliert, den vorgelegten Gesetzentwurf zum Atomausstieg bis 2022 "zurückzuweisen". Da kein einziger der verbliebenen Reaktoren vor 2021 still gelegt werden wird, wäre eine Zustimmung "sehr deutlich jenseits der Beschlusslage der Partei Bündnis 90/Die Grünen". Für die "jüngeren Reaktoren bedeutet der Regierungsvorschlag sogar eine Quasi-Laufzeitverlängerung". Die Grünen dürften "nicht auf diese Mogelpackung" hereinfliegen.

Kurz darauf sprach der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) im Bundesrat davon, dass ein überparteilicher Atomkonsens "einen Wert an sich" darstellt. Eine Qualität, die die grünen Grundsatzpositionen offenbar nicht für sich in Anspruch nehmen können. Allerdings meine ich nicht, dass die Grünen auf irgendetwas hereinfliegen. Sie opfern ganz berechnend ihre Politik für den Konsens mit der Atomindustrie und fallen der Anti-Atombewegung in den Rücken.